

Ä6 Wir bewegen ganz Bayern - Mehr öffentlichen Verkehr im ländlichen Raum

Antragsteller*in: LAG Verkehr-Planen-Bauen

Beschlussdatum: 16.09.2017

Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 5 bis 8:

Mobilitätsalternative zum Pkw dar. Doch bei weitem nicht alle Menschen haben jederzeit ein eigenes Auto ~~rund um die Uhr~~ zur Verfügung. Bayernweit kommen auf 1000 Einwohner*innen im Schnitt ~~nicht einmal~~ weniger als 600 PKW. Die PKW Verfügbarkeit ist sozial sehr unterschiedlich verteilt. Daten aus Niederösterreich zeigen, dass

Von Zeile 22 bis 25:

~~Wir wollen auch all denen Menschen, die keinen Führerschein besitzen, sich kein eigenes Auto leisten können oder wollen oder aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr Auto fahren können, Mobilität ermöglichen.~~ Wir wollen flächendeckend attraktive, umweltfreundliche Mobilität für alle auch ohne eigenes Auto ermöglichen. Daher ist unser Ziel eine Mobilitätsgarantie für Bayern. Langfristig sollen alle Orte im Land an allen

In Zeile 30 einfügen:

Wie erreichen wir dieses Ziel?

Wir wollen die Fahrt mit den „Öffentlichen“ so angenehm und einfach wie möglich gestalten.

Von Zeile 34 bis 38:

Ballungsräume und kann somit nur einen Teil der Verkehrszwecke der ländlichen Bevölkerung abdecken. Der SPNV ist um getaktete, regionale ~~Buslinien~~ Mobilitätsangebote, die im Stundentakt Anschluss an die Schiene herstellen, zu ergänzen. Dafür muss den kommunalen Aufgabenträgern ~~eine ausreichende finanzielle Ressource~~ ausreichend Geld vom Land zur Verfügung gestellt werden, um einheitliche und definierte Mobilitätsstandards zu

Von Zeile 47 bis 49:

Digitale Systeme eröffnen neue Möglichkeiten für neue Angebotsformen. Mobiles Internet macht es ~~unglaublich~~ sehr einfach, alle verfügbaren Mobilitätsformen im ländlichen Raum zu bündeln und intelligent miteinander zu verbinden. Wir wollen

Von Zeile 59 bis 61 löschen:

verknüpfen leistungsfähige ÖPNV-Angebote auf den Hauptachsen mit örtlichen und regionalen Busverkehrssystemen, die ~~für die letzte Meile~~ mit Car-Sharing-Systemen (unter Berücksichtigung der E-Mobilität) sowie Radstationen mit

Von Zeile 74 bis 84:

Mobilität erhöhen bei einer guten Vernetzung mit Bus und Bahn die Mobilität im ländlichen Raum. Gesicherte Radstationen, Leihräder und E-Bike-Ladestationen an zentralen Bahnhöfen und Busbahnhöfen vernetzen die unterschiedlichen Mobilitätsarten.

~~Einfach besser unterwegs~~

Die CSU hat in Bayern nicht nur ein völlig unzureichendes ÖPNV Angebot zu verantworten, sondern auch der Öffentliche Nahverkehr ist grottenschlecht organisiert. Das sind nicht aufeinander abgestimmte Fahrpläne, oft nicht funktionierende Anschlüsse zwischen Bus und Bahn, falsche Fahrplanauskünfte im Internet, fehlende Preisauskünfte und ein regelrechter Tarif- und Fahrkartenwirrwarr. Das wollen wir besser organisieren. Wir wollen die Fahrt mit den „Öffentlichen“ so angenehm und einfach wie möglich gestalten.

Von Zeile 91 bis 93:

gesamte öffentliche Personennahverkehr über Verkehrsverbünde erbracht und organisiert wird. Die Umsetzung gewährleistet ein regionales Mobilitätsmanagement.

- Ein ~~Ticket~~Fahrschein für alles

Von Zeile 97 bis 98 einfügen:

als Monats- und Jahreskarte ohne Ausschlusszeiten angeboten werden, um noch mehr Menschen zum Umstieg auf den öffentlichen Verkehr zu bewegen. Wir wollen es den Landkreisen und Verbänden ermöglichen, abgabefinanzierte Bürgertickets einzuführen. Langfristig streben wir einen bayernweiten fahrscheinlosen Nahverkehr an.

Von Zeile 100 bis 102 einfügen:

Wir wollen eine landesweit einheitliche Regelung für die kostenlose Mitnahme von Kindern sowie ein bezahlbares und landesweit gültiges Jugend- und Azubiticket. An allen bayerischen Hochschulen soll es ein landesweites Semesterticket geben, wie es in anderen Bundesländern bereits Realität ist. So lernen Kinder und junge Menschen früh die Vorzüge des ÖPNV schätzen, die

Von Zeile 107 bis 109:

Fahrplan- und Echtzeitdaten zum Zwecke der Fahrgastinformation und der Anschlusssicherung bereitstellen, die öffentlich zur Verfügung stellen. Diese Daten müssen in einer bayernweiten Mobilitäts-App in einem zentralen Portal und für alle leicht weitere Diensteanbieter diskriminierungsfrei verfügbar sind sein.

Begründung

Z. 6: redundant („jederzeit“)

Z. 7: Es würde sich ansonsten so anhören als bedauerten wir dass nicht jeder ein Auto hat.

Z. 22: Wir sollten die Alternativen zum Auto nicht als „Arme-Leute-Verkehrsmittel“ darstellen.

Z. 35: beinhaltet auch Anrufsammeltaxis, Bürgerbusse u.ä.

Z. 36f: klarere Sprache

Z. 48: Umgangssprache ersetzt

Z. 60: Car- und Bikesharing kann allenfalls bei kurzen Besuchen / Erledigungen die letzte Meile überbrücken. Bei Fahrten nach Hause oder an Orte an denen man sich länger aufhält erfüllen sie diese Funktion nicht. Grund ist dass die Fahrzeuge ja an den Ausleihort (also die Haltestelle) zurückgebracht werden müssen und zeitabhängig abgerechnet werden. Die letzte Meile kann mit ihnen also regelmäßig eben gerade nicht zurückgelegt werden und wir sollten nicht diese Erwartung wecken.

Z. 75: Der Begriff „Radstationen“ allein macht nicht allen deutlich worum es vor allem geht: Sichere Abstellmöglichkeiten

Z. 83f: Der letzte Satz ist eigentlich die Kernforderung des ganzen Antrags und sollte daher an den Anfang. Der Rest ist Polemik gegen die CSU und Schlechtrede des ÖPNV. Beides ist verzichtbar. Wir wollen positiv kommunizieren.

Z. 92: in der Praxis wichtige Ergänzung

Z. 93: unnötiger Anglizismus

Auch von Grüne Jugend Bayern unterstützt:

Z. 98: Kommunen und Landkreise sollen die Möglichkeit haben, mit sog. Bürgertickets zu experimentieren. Der Verkauf und die Kontrolle von Tickets kostet viel Geld. Gleichzeitig stellt das Tarifwirrwarr ein Zugangshindernis für viele Menschen dar. Wir wollen die Nutznießer an den Kosten des ÖPNV beteiligen und ihn gleichzeitig deutlich einfacher zugänglich machen. Die kann mit einer Nahverkehrsabgabe und dem Bürgerticket erreicht werden.

Auch von Grüne Jugend Bayern unterstützt:

Z. 101: In der Überschrift werden „Studierende“ noch genannt, im Text spielen sie aber keine Rolle. Landesweite Semestertickets gibt es z.B. in den Flächenländern NRW und Hessen. Die rechtlichen Grundlagen sind in Bayern anders, dennoch sollten wir diese Forderung erheben. Ggf. müssen die rechtlichen Grundlagen eben geändert werden und/oder der Freistaat Mittel bereitstellen um die Semestertickets zu unterstützen.

Z. 108: Es geht letztlich nicht um eine Anwendung (App) sondern darum dass die VU gezwungen werden, ihre Daten bereitzustellen und aktuell zu halten. Letztlich ist hier ein Open-Data-Ansatz sinnvoller.